

Man, eingestellt werden und daß die Gegnerschaft gegen das Kabinett nicht erwartet in gehässige Feindschaft. Da sich die gegenwärtige Regierung auf eine Mehrheit stützt und auf eine Mehrheit stützen muß, so legt sie doch ebenfalls großes Gewicht darauf, immer wieder zu betonen, daß diese Mehrheitsbindung seinen Ausschluß der anderen von der Mitarbeit bedeutet, die bereit sind, in staatsbedingendem Sinne mitzuwirken, und da die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu solcher staatsbedingender Mitarbeit bereit ist, so ist es gerade in der Stunde der Not Aufgabe des führenden Reichskanzlers nach seinen Kräften dafür zu sorgen, daß die deutsche Willensbildung sich auf so breiter Grundlage vollzieht wie irgend möglich. Der Kanzler schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den deutschen Rhein.

Borahs Freigabeantrag.

Das unantastbare Privateigentum.
Newport, 9. Febr. Im Ausschuss des Senats brachte Senator Borah einen Gesetzentwurf ein, der die Rückgabe des feindlichen Eigentums vorseht.
Der Antrag sieht nicht nur eine Rückgabe des sich im Besitz des Vermögensverwalters für das feindliche Vermögen befindlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Eigentums vor, sondern verlangt, daß sich die Regierung durch Einsegnung der jetzigen Besitzer wieder in den Besitz dieses Eigentums einschließlich aller Patente, Handelsmarken und Copyrights setzt. Eine Ausnahme sollen lediglich jene Patente usw. machen, deren Besitz für die Vereinigten Staaten von Wichtigkeit ist. In diesem Fall soll die Regierung die rechtmäßigen deutschen Inhaber entschädigen.

In seiner Begründung erklärte Senator Borah, daß die Ehre der Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit engagiert sei, da die Wegnahme des Eigentums privater Bürger eine Vergewaltigung der einfachsten Begriffe des internationalen Rechts und der guten Sitten sei. Außerdem verstoße speziell das Vorgehen der Wilsonschen Regierung gegen den Vertrag, den die Vereinigten Staaten mit Preußen im Jahre 1882 geschlossen haben und der diese internationale Selbstbestimmtheit obendrein zu bindendem Recht zwischen den Vertragsparteiern gemacht habe. Und zwar müßten die Vereinigten Staaten dieses Unrecht wieder gut machen ohne Rücksicht auf die Schäden, die amerikanischen Bürgern durch die Kriegsergebnisse entstanden seien. Diese Entschädigung stelle eine ganz unabhängige Forderung Amerikas an die deutsche Regierung dar und sei als solche durch die von Amerika angemeldeten Reparationsansprüche geregelt.

Die Verhandlungen über den Gesetzentwurf ist in dieser Session nicht mehr zu erwarten, doch ist man hier der Überzeugung, daß Borah in einer Extrassession des neuen Kongresses, jedenfalls aber in der regulären Session dieses Jahres seinen Antrag forcieren wird.
Bei der Stellung des Senators als Vorsitzender des Ausschusses erscheint es ganz ausgeschlossen, daß er ohne vorheriges Einverständnis mit Präsident Coolidge in dieser Sache vorgegangen ist. Der Hinweis auf die in Paris nunmehr geregelte Reparationsquote Amerikas, die auch die Privatanprüche amerikanischer Bürger enthalte, hat die „unberühmlichen“ Republikaner unter Führung des Senators Hiram Johnson heftig gemacht. Sie folgern daraus, daß die Regierung das Pariser Finanzabkommen als bindenden Vertrag erachtet, und verlangen nun natürlich erst recht, daß er als solcher dem Senat für Ratifizierung vorgelegt werden. Doch die Demokraten gegen den Gesetzentwurf sind, der ja die ganzen Wilsonschen Regierungsvorhaben auf diesem Gebiete desabonniert, ist selbstverständlich.

Eine neue Konferenz der Alliierten.

London, 9. Febr. Nach den aus Paris vorliegenden Nachrichten nimmt man hier an, daß die Konferenz der Alliierten vor dem 8. März stattfinden wird, da der englische Außenminister Chamberlain die Absicht hat, am 10. März einer Tagung des Völkerbundesrats in Genf beizuwohnen. „Times“ und „Daily Telegraph“ weisen heute darauf hin, daß England und Frankreich dahin übereinstimmen, eine derartige Konferenz müsse mehr Fragen behandeln, als nur die Schuldenregelung. Die Militärkontrolle, die Sicherheitsfrage und die Räumung der besetzten Gebiete seien Fragen, die ebenfalls in den nächsten Wochen zwischen Frankreich und England geregelt werden müssen. Die „Westminster Gazette“ übertrifft diese Behauptungen durch die Veröffentlichung der Schuldennotiz mit den Worten: „Eine neue Londoner Konferenz“. Die Morgenpresse stellt übereinstimmend fest, daß England mit dem Angebot an Frankreich das Schicksal an Entgegenkommen gezeigt habe, das sich England in seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage leisten könne. „Times“ und „Daily Telegraph“ und einige andere liberale Blätter betonen, England könne unter seinen Umständen darauf eingehen, daß die Rückzahlung der Schulden ausschließlich von dem Umfang der eingehenden deutschen Zahlungen abhängig gemacht werden solle. Der „Daily Express“ polemisiert gegen „Chamberlains Kapitulation vor Frankreich“. Das Blatt vertritt die Auffassung, daß in der Schuldenfrage England nicht auf Kosten seiner eigenen Steuerzahler sowohl gegen Amerika als auch jetzt gegen die Alliierten zu gewähren gewillt sei. „Daily Mail“ ist mit dem Entgegenkommen gegen Frankreich einverstanden, erklärt aber zugleich, daß es unnötig gewesen sei, Frankreich solche Entgegenkommen zu zeigen, wenn „Deutschland vorher herangezogen worden wäre“. Die Amerikaner, die ohne eigene Schuld den Krieg führten, müßten jetzt für die Schuldigen zahlen. Englands Komman-

ist sei über 18 Pfund des Kopf und Saß, während Deutschlands Steuerlast nur etwa vier Pfund betrage.
Macdonald erklärte einem Pressebetreuer, als er Sonnabend abend von seiner Bestimmung zurückkehrte, daß nach seiner Auffassung die Schuldenfrage nur durch ein umfassendes Abkommen unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten gelöst werden könne. Wenn er im Amt geblieben wäre, hätte er zuerst den Versuch gemacht, ein solches Abkommen zustande zu bringen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten ihre Mitwirkung abgelehnt hätten, würde er den Versuch gemacht haben, ein allgemeines Abkommen mit den kontinentalen Schuldner Englands abzuschließen.

Herriot und die Sozialisten

Witense Wahrheiten für Herriot.
In der Montagabend des sozialistischen Kongresses in Grenoble hielt Gouttenoire de Loury, der Verfasser des Buches „Das Votum des Krieges gewollt“, eine Anklagerede gegen die letzte Phase der Politik Herriots. Gouttenoire de Loury begann seine Rede mit den Worten: „Ich will der Politik des Herriots keine Blumen streuen, denn ich habe vieles gegen die von Herriot geübte Politik gegen Deutschland zu sagen.“ Gouttenoire de Loury erklärt, daß die letzte große Rede des französischen Ministerpräsidenten von den Reden Delcassés nicht sehr verschieden gewesen sei. Der nationale Bloch habe dieser Rede applaudiert, und der nationale Bloch allein habe Grund, sich über diese Rede zu freuen. Der radikale Ministerpräsident Herriot habe die These der „Action française“ angenommen: Die traurige Geschichte von deutschem Volk und dem unglücklichen französischen Mann. — Herriot habe sehr viel vom deutschen Imperialismus gesprochen, aber vom Imperialismus der Alliierten kein Wort gesagt. Es sei möglich, daß Deutschland die Abfertigung nicht nach dem Buchstaben des Vertrages durchzuführen habe, aber wenn immer wieder von der moralischen Abfertigung des deutschen Volkes gesprochen werde, dann müsse man doch fragen, was die französische Regierung für die moralische Abfertigung Frankreichs zu tun bereit sei. Gouttenoire de Loury bringt jedes Wort von Herriots Argumenten vor und beweist seine Richtigkeit. „Wie war es möglich“, fragt er, „daß französische Sozialisten den Anschlag dieser Rede durch ihr Votum genehmigen konnten?“ Gouttenoire de Loury verliest Auszüge aus deutschen demokratischen Zeitungen, um zu zeigen, wie tief Rückfall in das nationale Bewußtsein auf Deutschland gewirkt habe. Trotz dieser harten Kritik ist Gouttenoire de Loury dafür, die Politik der Unterstützung fortzusetzen, aber unter der Bedingung, daß sie sich nicht organisieren wird und daß sie der Regierung nicht hindernis sei.
„Daß deutsche Volk will den Frieden an sich so ehrlich wie wir Franzosen“, erklärt der Redner. „Diese Wahrheit mußte Herriot betonen, und nicht das Gegenteil. Wir Sozialisten müssen den Worten des großen Führers Jaures folgen, der für die Politik des Friedens gestorben ist.“

Gouttenoire de Loury ruft aus: Niemand wird es gelingen, ein großes Volk, wie es das Volk Deutschlands ist, mit Striden zu binden. Selbst wenn ihr ihm alle Gewehre und Maschinengewehre und Kanonen nehmen wollten, müßt ihr eine Schilbwache jedem Deutschen auf Schritt und Tritt mitgeben, wenn ihr ihn nach eurer Methode entwaffnen wollt. Ein Volk, das die Feigheit ist, kann niemand entwaffnen, der nicht Friede mit ihm machen will. Herriot hat gehandelt und gesprochen, als wenn der deutsche Kanzler sich auf Sitte aus der „Liberte“ berufen wollte, um zu beweisen, daß Frankreich an nichts anderes denkt, als an Gewalt gegen Deutschland.“

Auch Péguy tritt dafür ein, daß die Sozialisten die Regierung auch weiter unterstützen sollen. Péguy sagt, daß es sich für ihn und seine Freunde weniger um die Politik der Regierung Herriot handle, gegen die manches zu sagen sei, aber der Friedenswille, der in den Wahlen vom 11. Mai zum Ausdruck gekommen sei, müsse über die taktischen Differenzen der Stunde triumphieren. Die Unterstufung der Regierung Herriot habe den Sinn, daß durch sie ein Schritt auf dem Wege der Zukunft ermöglicht werde: Der Verständigung der Völker durch die Weltanschauung des Sozialismus.

Beginn des Tscheka-Prozesses.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Belgien beginnt heute der große politische Prozeß gegen die sogenannte Deutsche Tscheka, amtlich als Prozeß gegen Neumann und Genossen bezeichnet. Angeklagt sind 18 Kommunisten, sämtlich wegen Hochverrats bezw. Beihilfe dazu, in Zusammenarbeit mit Geheimbänden gemäß dem Republikenschutzes, einige von ihnen auch wegen Verabredung zum politischen Mord und wegen Mordes, weiter wegen Vergehens und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz und die Waffenverordnung.

Die Anklage behauptet, daß nach dem Muster der russischen Tscheka eine deutsche Tscheka gebildet worden ist, um den gewaltsamen Umsturz in Deutschland und die Diktatur des Proletariats herbeizuführen, und sodann etwaige Verräter an der kommunistischen Sache zu beseitigen. Dazu sollte eine straffe zentralistische militärische Organisation dienen, für die Waffen, Sprengstoffe und Munition beschafft werden sollten. Militärischer Leiter der ganzen Geheimorganisation soll der Russe Stobelewski alias Goren gewesen sein. Auch die verwirklichten Mittel sollten zur Anwendung gebracht werden. So wird der Tscheka vorgeworfen, Cholera- und Typhusbakterien beschafft und Versuche damit angestellt zu haben. Weiter soll sie Attentate gegen General von Seeckt, Stinnes, von Borck und andere politische Persönlichkeiten geplant haben. Einen Hauptgegenstand der Verhandlung wird die Ermordung des Friseurs Kaulsch bilden. In den kommunistischen Zeitungen ist die Tscheka als „Abwehrgeschichte“ gegen die Spionage in den eigenen Reihen bezeichnet worden. Die Verhandlung findet unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Kriebner statt. Die Anklage vertritt Rechtsanwalt Dr. Reumann mit Unterstützung des Landgerichtsrates Büchel.

Ein deutscher Ingenieur von der Tscheka verhaftet!
Berlin, 9. Februar. Auf den Befehl des Reiches, eines der Junkers-Fluggewerke in Plostau wurde ein Arbeiter entlassen, der nach Kasse den Betriebsleiter,

Ingenieur Frank aus Stuttgart, wegen angeblich gegenrevolutionärer Bestrebungen bei der Tscheka angezeigt, die diesen daraufhin am 24. Oktober vergangenen Jahres verhaftete. Seiner Frau ist nach Wochen die Ausreisefreiheit erteilt worden. Sie befindet sich zurzeit in Stuttgart. Irrendes Nachrichten über ihren Mann hat sie bis jetzt noch nicht erhalten.
Auf diese Art danken also die Sowjets den ausländischen Bionieren der Technik, die der zerrütteten russischen Wirtschaft ihre Tatkraft zur Verfügung gestellt haben, ihre geleistete Arbeit! Für deutsche Ingenieure wirkt dies eine schöne Aussicht, bei der ersten besten Gelegenheit durch gemeine Denunziation eines kommunistischen Arbeiters der Arbeiterorganisation der Tscheka in die Hände geliefert zu werden.

Morgans Industriekredite.

Was das deutsche Auslandswort?
Rotterdam, 9. Februar. „Evening Times“ melden aus New York:
Das Bankhaus Morgan erklärt, daß es bis zum 8. Februar für 100 Millionen Dollar Kredite für die deutsche Industrie durchgeführt, bzw. vermittelt hat. Weitere 300 Millionen Dollar-Kreditangebote sind noch unerledigt. Ferner erklärt das Bankhaus, daß es über eine deutsche Auslandswortliche Vorstöße nach Berlin gerichtet hat.
(Die deutsche Regierung erklärte demnächst vor Kurzem, daß keinerlei Anleiheverhandlungen geführt würden.)

Das Ermittlungsverfahren gegen Richter.

Die Ereignisse in dem Berliner Finanzskandal überfahren sich. Jetzt wird bekannt, daß auch gegen den Berliner Volkshilfspräsidenten Richter ein Ermittlungsverfahren nach Paragraph 331 St. O. B. Schwedt, weil er von dem Darmstädter ein jüdisches Darlehen von 5000 Mark angenommen hatte, das er erst nach der Verhaftung der Darmstädter zurückzahlte. Als Herr Richter die 5000 Mark annahm, lagen gegen die Darmstädter zahlreiche Betrugsanzeigen bei der Kriminalpolizei vor. Bisher ist nicht nachgewiesen, daß die Annahme der 5000 Mark mit der Nichterfolgung der Darmstädter in Verbindung steht. Die Staatsanwaltschaft achtet zunächst nur der Verfolgung der eingegangenen Strafanzeigen nach.

Rekursverfahren gegen Rusiker.

Berlin, 9. Februar. Das Amtsgericht Charlottenburg hat das Rekursverfahren über Rusiker neu abgefragt. Damit scheinen die an Rusiker gegebenen Staatskredite demnächst verloren. Es sind bis jetzt fast 30 Millionen Mark Forderungen festgesetzt, denen so gut wie keine nennenswerten Werte gegenüberstehen.

Sühne für Deutschenorde.

Mexiko, 9. Februar. In Puebla sind drei weitere Personen, die an der Ermordung des Deutschen Hingepeter beteiligt waren, erschossen worden. Damit haben elf Mörder für ihre Tat mit dem Tode gebüßt.

Aus den abgetretenen Provinzen Polen und Westpreußen sind in der Zeit vom Herbst 1918 bis Ende 1924 rund 800 000 Personen nach dem Reich abgewandert und zwar Herbst 1918 bis Ende März 1921 rund 500 000, April 1921 bis Ende 1922 rund 298 000, im Jahre 1923 rund 80 000; und im Jahre 1924 rund 4000 Personen. Die gegenwärtige Stärke des Deutschtums in den genannten Gebieten wird noch auf 380 000 Deutsche beziffert.

Aus Stadt und Land.

Am 10. Februar 1926.

Die Aufgabe der Frau in der Volksgemeinschaft.

Was ist die Volksgemeinschaft anders als die vergrößerte Familie? Von diesem Gedankengang ergeht sich leicht die Stellung und Aufgabe der Frau. In ihrem tiefsten Wesen begründet liegt die Mütterlichkeit. Ob verheiratet oder nicht, ob mit leiblichen Kindern beglückt oder nicht — in jeder dieser ungleichen weiblichen Natur regt sich das Muttergefühl. Mutter sein heißt: geben dürfen ohne Enge, pflegen, betreuen, trösten und helfen. Jede Mutter hat dazu vollauf Gelegenheit, und sie besteht den Mann meist mit ein in den Kreis derer, die sie pflegt. Als sagte einmal zu der Mutter einer verheirateten aber kinderlosen Frau: „Schade, daß die beiden keine Kinder haben!“ Da lächelte die alte Frau, wie auf den Gatten und sagte: „Sie hat schon ein und ein recht großes!“ — Und sagt nicht Marie v. Ebner-Eschenbach: Die kinderlose hat die meisten Kinder? Dasselbe steht auch in der Bibel. Sich ausleben als Mutter, das heißt sich der Schwachen und Hilfsbedürftigen annehmen. Je größer die Seele, desto achter kann auch der Kreis sein. Ausgleichen, lindern, Frieden bringen, wo die harte Männerwelt auf einanderstößt — das ist Frauenarbeit. Man denke auch nicht, daß es immer so und langsamig gehen muß. Kein oft braucht es Kraft und Feuer, aber sachlich muß man sein, im Geiste den Menschen achten, sich in seine Lage denken, ihm Würden zur Verständigung lassen. Nicht den Kampf ausweichen — kämpft nicht die Mutter für ihr Kind bis zum Versterben? Aber diese Kräfte muß die Frau führen, nicht verlegen wollen, sondern die Verständigung suchen. Es würde anders aussehen in unseren Parlamenten, unserm Volkleben, wenn erst die Frauen die rechte Stellung darin hätten.

Bezirksbauvereine.

Die diesjährigen Ostbaulehrgänge für Lehrer finden wie folgt statt: In der Landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Guben: 1. Teil: 14. bis 18. April, 2. Teil: 2. bis 5. Juni, 3. Teil: 28. September bis 3. Oktober; an der Landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Chemnitz: 1. Teil: 14. bis 18. April, 2. Teil: 14. bis 17. Juli, 3. Teil: 5. bis 9. Oktober. Die Gebühr für diese Lehrgänge beträgt 10 Mark. Das Ministerium für Volksbildung hat für höchstens 20 Teilnehmer eine Beihilfe von je 50 Mark ausgesetzt. Anträge auf Gewährung dieser Beihilfe sind an den Landesverband Sachsen für Obst- und Weinbau zu richten und werden dort in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen erledigt. Die Herren Lehrer, die an den diesjährigen Lehrgängen unter obigen Bedingungen teilnehmen möchten, werden gebeten, sich bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes Sachsen für Obst- und Weinbau in Dresden-K., Seidenstr. 14, mit Angabe des Ortes, wo sie teilzunehmen beabsichtigen, spätestens bis 1. März anzumelden.